

Die AGGRESSION

vom **17. September 1939**

– **Geschichtslüge
der aktuellen Kremlpolitik**



Der Präsident des polnischen Instituts für Nationales Gedenken
über die Ursachen, den Verlauf und die Folgen des Überfalls
auf die polnischen Staatsangehörigen

DIE AGGRESSION **vom 17. September 1939**

– **Geschichtslüge der aktuellen
Kremlpolitik**

Der Präsident des polnischen Instituts für Nationales
Gedenken über die Ursachen, den Verlauf und die Folgen
des Überfalls auf die polnischen Staatsangehörigen



Warschau, 16. September 2021



Sowjetische Kavallerie
auf polnischem Gebiet,
17.09.1939 (IPN)

Am 17. September 1939 erfüllte Stalin seine Verpflichtungen aus dem Geheimprotokoll zum Molotow-Ribbentrop-Pakt gegenüber Hitler. Mit der sowjetischen Besetzung Ostpolens durch die Rote Armee wurde das Deutsche Reich in die Lage versetzt, die Eroberung Polens zu beschleunigen. Der 17. September 1939 war und bleibt das Symbol für die perfide Zusammenarbeit zwischen Hitler und Stalin im Kampf gegen die freien Völker Europas. Bevor Wladimir Putin oder Alexander Lukaschenko ein weiteres Mal Lügen über den sowjetischen Überfall auf Polen am 17. September 1939 verbreiten, sollte man sich die Ursachen, den Verlauf und die Folgen dieses barbarischen Angriffs auf polnische Staatsangehörige in Erinnerung rufen.

Der bevorstehende 82. Jahrestag der sowjetischen Aggression gegen Polen findet unter den Vorzeichen einer historischen Desinformationsoffensive statt, die darauf abzielt, allgemein bekannte und unbestrittene Tatsachen zu verfälschen. Um die Gründe für die sowjetische Besetzung Ostpolens am 17. September 1939 zu erklären, bedient man sich ideologisch in der Sowjetzeit und greift auf bewährte propagandistische Muster zurück, wonach die Besetzung Ostpolens durch die Rote Armee im September 1939 als Befreiung der weißrussischen und ukrainischen Bauern und Arbeiter von der Unterdrückung durch polnische Großgrundbesitzer und die Bourgeoisie zu betrachten ist. Außerdem werden neuerdings Argumente zur Rechtfertigung des sowjetischen Angriffs auf Polen ins Feld geführt, die aus dem sowjetischen

Polnische Soldaten
in sowjetischer
Gefangenschaft im Jahr 1939
(IPN)



Deutungskanon so noch nicht bekannt waren, sich aber nahtlos in das propagierte Bild Polens als „fremdenfeindliches“ und „antisemitisches“, von „Nationalisten“ beherrschtes Land einfügen. Im offensiven Diskurs über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs wurde der aus der Sowjetzeit bekannte Vorwurf einer Mitschuld Polens am Kriegsausbruch durch widerliche Anschuldigungen der Mitwirkung am Holocaust ergänzt.

Der russische Präsident Putin erklärte in einem im vergangenen Jahr in der US-amerikanischen Fachzeitschrift „The National Interest“ erschienenen Artikel über den Zweiten Weltkrieg (der Text wurde in einer russischsprachigen Fassung auch auf der Website des Kremls veröffentlicht), dass, hätte die UdSSR nicht halb Polen besetzt, „Millionen von Menschen verschiedener Nationalitäten, darunter auch die um Brest und Grodno, Przemysl, Lemberg und Wilna lebenden Juden andernfalls von den Nazis und ihren lokalen Unterstützern – Antisemiten und radikalen Nationalisten – zerfleischt worden wären“¹. Das aus dem Munde des obersten Vertreters der Russischen Föderation zu vernehmen, treibt den Zynismus auf die Spitze. Es sei darauf hingewiesen, dass Moskau sich im Herbst 1939 weigerte, tausende von Juden aufzunehmen, die von Wehrmacht, Polizei und SS über die Demarkationslinie vom 28. September 1939 getrieben wurden. Diese irrten in der Folge im Niemandsland umher. Sowjetische diplomatische Vertreter legten in dieser

¹ А миллионы людей разных национальностей, в том числе евреи, жившие под Брестом и Гродно, Перемышлем, Львовом и Вильно, были бы брошены на уничтожение нацистам и их местным приспешникам – антисемитам и радикал-националистам. В. Путин, *75 лет Великой Победы: общая ответственность перед историей и будущим*, <http://kremlin.ru/events/president/news/63527> [Aufruf am 4.9.2021]

Zusammentreffen zwischen
A.I.Jerjomenko, Kommandeur
des 6. Kavalleriekorps
der Roten Armee, und Offizieren
der deutschen Wehrmacht
im September 1939 in Ostpolen
(IPN)



Begegnung von deutschen
und sowjetischen Einheiten
in der Gegend um Stryj,
20.09.1939 (IPN)



Übergabe der Stadt Stryj
(heute Ukraine) durch
Einheiten der Wehrmacht
an die sowjetischen
Kommandeure, 22.09.1939
(IPN)



Kundgebung in Smorgonie
(weißrussisch: Smarhon),
1939 (IPN)



Angelegenheit bei der deutschen Botschaft Protest ein und forderten ein Ende der Abschiebung von Menschen aus dem deutschen Interessenbereich. Jüdische Flüchtlinge, die im September 1939 nach Ostpolen geflohen waren, wollte die UdSSR unbedingt wieder zurück zu den Deutschen abschieben. Im Rahmen des vereinbarten deutsch-sowjetischen Flüchtlingsaustausches im Frühjahr 1940, von dem mehr als 60.000 Menschen betroffen waren, wurden rund 1.600 Juden ins Dritte Reich überstellt. Es wären noch deutlich mehr gewesen, hätten die Deutschen sich nicht geweigert, diese aufzunehmen.

Im Zuge des Massakers von Katyn wurden über fünfhundert Juden hingerichtet, darunter auch Major Baruch Steinberg, Oberrabbiner der polnischen Armee sowie der Vizepräsident der Stadt Lemberg, Wiktor Chajes. Die meisten Opfer der Deportationen im Juni 1940 (82%), bei denen insgesamt etwa 78.000 Menschen verschleppt wurden, waren polnische Juden. Ihre einzige „Schuld“ bestand darin, an ihre Wohnorte zurückkehren zu wollen – stammten sie doch



Straßenbanner in Białystok,
September 1939 (IPN)

aus dem Teil Polens, der nun von den Deutschen besetzt wurde. Mehrere tausend von ihnen starben während der Deportation. Auch in sowjetischen Lagern starben polnische Juden – an Unterernährung, Krankheiten und Arbeit bis zum Tode. Unter diesen war der Rabbiner an der Großen Synagoge in Warschau – Professor Moses Schorr.

Die Mitglieder jüdischer Parteien und Organisationen, die prinzipiell als „konterrevolutionäre“ Vereinigungen galten, wurden den sowjetischen Behörden gnadenlos verfolgt. Und so fanden sich in den sowjetischen Gefängnissen auch zahlreiche Zionisten, Anhänger der bundistischen Bewegung und Mitglieder der zionistischen Jugendorganisation Betar, darunter Menachem Begin (der spätere israelische Ministerpräsident) und die Abgeordneten zum polnischen Sejm Dr. Emil Sommerstein und Maurycy Leser wieder. Angesichts dieser wohlbekannten Fakten ist die Behauptung, dass die UdSSR sich der Hälfte Polens bemächtigte, um die lokale Bevölkerung, darunter die Juden, zu schützen, als absurd zu bezeichnen. In den zeitgenössischen Schilderungen wurde diese Sichtweise rein instrumentell genutzt, um die Sowjetunion im Gegensatz zur historischen Wahrheit als Staat darzustellen, der bereits ab 1939 eine antideutsche und damit auch projüdische Politik verfolgte.



Agitationskundgebung
für den Anschluss
West-Weißrusslands
an die UdSSR,
September 1939 (IPN)

Per Erlass des belarussischen Präsidenten Lukaschenko wird der 17. September in Belarus heute als Tag der nationalen Einheit gefeiert. Es erinnert sich kaum jemand daran, dass im sowjetischen Weißrussland in der Zeit zwischen den Weltkriegen auf staatlicher Ebene am 11. Juli ein Feiertag mit ähnlichem Unterton begangen wurde – der Tag der Befreiung Weißrusslands „von den polnischen Besatzern“, mit dem an die Besetzung der Stadt Minsk im Sommer 1920 durch die Rote Armee während der bolschewistischen Offensive gegen Warschau im Polnisch-Sowjetischen Krieg erinnert werden sollte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geriet dieser Feiertag in Vergessenheit und die Ereignisse des 17. September wurden in den Hintergrund gedrängt, da das „makellose“ Bild der Sowjetunion durch Stalins enge Zusammenarbeit mit Hitler in den Jahren 1939-1941 in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Rufen wir uns die Chronologie der Ereignisse in Erinnerung, die im September 1939 zum Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen führten. Der Expansionsdrang und die imperialistischen Absichten der bolschewistischen Führung waren stets mit passenden Propagandaparolen unterlegt. So habe die Rote Armee vor 82 Jahren ihren „Befreiungsmarsch“ begonnen, um „das Joch der Gutsbesitzer und Kapitalisten abzuschütteln“ und „den ukrainischen und belarussischen Brüdern mit dem Bajonett die Freiheit zu

Fragment eines sowjetischen
Propagandaplakats
„Unsere Armee ist die Armee
der arbeitenden Massen“, 1939
(IPN)



bringen“. In Wahrheit trat die Sowjetunion auf der Grundlage des am 23. August 1939 in Moskau unterzeichneten deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt an diesem Tag de facto als Verbündeter des Dritten Reichs in den Krieg ein und annektierte in der Folge auch noch Teile Finnlands, der baltischen Staaten und Rumäniens. Ich möchte in Erinnerung rufen, wie weitreichend die Festlegungen im Hitler-Stalin-Pakt waren. Neben den südöstlichen und nordöstlichen Woiwodschaften der Zweiten Polnischen Republik, die im Frühjahr 1940 als Teil der belarussischen und ukrainischen Sowjetrepublik in die UdSSR eingegliedert wurden, musste auch Finnland große Teile Kareliens an die Sowjetunion abtreten und Litauen, Lettland und Estland wurden im Juni 1940 von den Sowjets annektiert. Ende Juni Anfang Juli 1940 kam es zur Besetzung Bessarabiens und der nördlichen Bukowina. Diese Gebiete wurden nun Teil der Sowjetunion und der Ukrainischen SSR und der im

Polen aus den 1939 von der Sowjetunion besetzten Gebieten wurden in die Rote Armee zwangsrekrutiert, 1940 (IPN)



August 1940 gegründeten Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik zugeschlagen. Neben der erwähnten sowjetischen Propagandalosung von der „brüderlichen Hilfe für die unterdrückten Völker“ und dem „Schutz von Leben und Eigentum“ wurde die Politik der Eroberung neuer Gebiete damit begründet, dass das durch die Bestimmungen des Friedensvertrags von Riga entstandene „Unrecht wiedergutmacht werden müsse“.

Mit dem Vertrag von Riga vom 18. März 1921 wurden die Ostgebiete der ehemaligen Rzeczpospolita, d.h. Polen-Litauens, die nicht nur von Polen, sondern zu einem großen Teil auch von Ukrainern, Weißrussen, Juden und anderen Nationalitäten bewohnt wurden, in zwei Teile aufgeteilt: ein Teil wurde Polen angeschlossen und der andere Teil ging in der Sowjetunion (formell in der belarussischen und der ukrainischen Sowjetrepublik) auf. Die desaströse Wirtschaftslage nach dem Ersten Weltkrieg und dem Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1919 bis 1921, die allgemeine Rückständigkeit der Region im Vergleich zu anderen Landesteilen, der „Landhunger“ und die grassierende Arbeitslosigkeit hatten dazu geführt, dass linke politische Bewegungen, die mit radikalen Parolen auftraten und eine soziale, politische und wirtschaftliche Umgestaltung forderten, starken Zulauf hatten. Fehler in der Nationalitätenpolitik der Zweiten Polnischen Republik, darunter Restriktionen im Bereich Bildung für nationale Minderheiten, führten vor dem Hintergrund des von der bolschewistischen Propaganda verbreiteten Mythos von Glück und Wohlstand im Arbeiter – und Bauernstaat, unter den polnischen Bürgern ukrainischer, jüdischer und weißrussischer Volkszugehörigkeit zu einem Gefühl der Enttäuschung und des Unrechts. Es gelang nicht, eine

Von der Sowjetmacht
deportierte Polen, nachdem
sie zu Einheiten der Polnischen
Streitkräfte in der Sowjetunion
gestoßen waren, 1941/1942
(IPN)



einheitliche Plattform zu schaffen, auf der alle Minderheiten gemeinsam das polnische Staatswesen mitgestaltet hätten. Dies ist eine unbestreitbare Tatsache, die auch in der polnischen Geschichtsschreibung so genannt wird. Auf der anderen Seite verschwieg die sowjetische Propaganda, wenn sie mit dem Finger auf die Feindseligkeit und Illoyalität der nationalen Minderheiten dem polnischen Staat gegenüber zeigte, geflissentlich die große Zahl weiß-russischer, ukrainischer und jüdischer Soldaten in den Reihen der polnischen Armee, die an den Kämpfen an der polnisch-deutschen Front teilnahmen.

In der Zeit des Großen Terrors von 1937-1938 fand die sowjetische Nationalitätenpolitik nach einer kurzen Zeit des Flirts und der Unterstützung kultureller Bestrebungen ihr blutiges Finale. Laut erhaltenen Dokumenten und unvollständigen und immer noch aktualisierten Daten der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial wurden allein 111.000 Menschen während der Polnischen Operation des NKWD im Jahr 1937 ermordet.

Nach dem sowjetischen Einmarsch in Ostpolen am 17. September 1939 waren Deportationen und Verhaftungen die Hauptformen der politischen Repression. Zwischen 1939 und 1941 gab es insgesamt vier Massendeporationen der Zivilbevölkerung aus den von der Sowjetunion annektierten Gebieten weit in die UdSSR hinein. Berücksichtigt man alle Kategorien polnischer Staatsangehöriger, die von Repressionen betroffen waren, d.h. die festgenommen, in Kriegsgefangenenlagern festgehalten, von Gerichten, Militärtribunalen oder anderen außergerichtlichen Stellen abgeurteilt wurden, kann die Zahl der Personen, die von Repressionen betroffen waren, konservativ auf mindestens eine halbe Million Menschen geschätzt werden. Nicht in

Von der Sowjetmacht deportierte
Polen, nachdem sie zu Einheiten
der Polnischen Streitkräfte
in der Sowjetunion gestoßen
waren, 1941/1942 (IPN)



dieser Zahl enthalten sind die jungen Menschen, die zum Besuch von Fabrik – und Betriebsschulen zwangsverpflichtet, zur Roten Armee eingezogen und zur Arbeit in entfernten Regionen der Sowjetunion deportiert wurden oder die mit ähnlichen Zwangsmaßnahmen belegt wurden. Über die Sterblichkeit während den Deportationen, an den Orten der Zwangsansiedlung und in den Arbeitslagern liegen nach wie vor keine vollständigen statistischen Zahlen vor. Die Ermittlung der tatsächlichen Zahl der Deportierten ist ausgesprochen schwierig und wird immer noch kontrovers diskutiert.

Höhepunkt der sowjetischen Repressionen gegen Bürger der Zweiten Polnischen Republik war das Massaker von Katyn. Auf Beschluss des Politbüros vom 5. März 1940 fielen die polnischen Kriegsgefangenen aus den drei Sonderlagern in Ostaschkow, Koselsk und Starobilsk und – was oft vergessen wird – Gefangene, die in Gefängnissen in Sowjet-Weißrussland und der Ukraine festgehalten wurden, Massenerschießungen zum Opfer.

Immer mehr Historiker gehen heute davon aus, dass die Täter des Massakers von Katyn nach dem im Großen Terror entwickelten Methoden vorgehen. Oft wurden die Urteile von denselben Henkern vollstreckt, von denen ganz oben auf der Liste Wassili Blochin steht, dessen Grausamkeit selbst unter den sowjetischen Folterern berüchtigt war. In den Massengräbern von Katyn liegen polnische Staatsangehörige verschiedener Konfessionen und Volkszugehörigkeit. Sie wurden wegen ihrer Loyalität dem polnischen Staat gegenüber ermordet. Doch war dies noch nicht das Finale der blutigen Repressionen. Zu einem weiteren Verbrechen kam es bereits nach dem Angriff des Dritten Reiches, des ehemaligen Verbündeten, auf die Sowjetunion im Juni 1941. Im Zuge der Evakuierung von Gefängnissen im sowjetischen Weißrussland und der Ukraine wurden Tausende von zu Unrecht Beschuldigten ermordet.

Polnische Staatsangehörige stehen ganz oben auf der Liste der Opfer der Gräueltaten, die in den Gebieten, die in den nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von Sowjetrußland annektiert wurden, Repressionen zum Opfer fielen. Obwohl es sich in der Mehrheit um Polen handelte, wurden auch Ukrainer, Weißrussen, Russen, Juden, Litauer und Vertreter anderer Nationalitäten in den Folterkammern des NKWD gequält oder fanden sich in sowjetischen Arbeitslagern wieder. Wie in den Zeiten des Großen Terrors wurden sie am häufigsten einer angeblichen Spionage beschuldigt, ihnen wurde eine „falsche“ Abstammung oder mangelnde Loyalität gegenüber dem Sowjetstaat zur Last gelegt oder ihnen wurden andere von den Sowjets als Verbrechen betrachtete Handlungen vorgeworfen.

Paradoxerweise waren von den Repressionen durchaus auch Kommunisten, d.h. Mitglieder der ehemaligen Kommunistischen Partei Polens und der ihr



Übergabe des Akts
über das dauerhafte
Bodennutzungsrecht
von Kolchosen (IPN)

angegliederten Organisationen – der Kommunistischen Partei der Westukraine und Westweißrusslands – betroffen. So finden sich auf der 1994 an Polen übergebenen sogenannten „Ukrainischen Katynliste“ auch der Name des kommunistischen Schriftstellers Andrzej Wolica und viele einfache kommunistische Parteimitglieder wieder. Die meisten Aktivisten der ukrainischen und belarussischen Nationalbewegung, die mit der Sowjetmacht sympathisierten und sie oft aktiv unterstützten, waren bereits in den 1930er Jahren unbarmherzigen Repressionen ausgesetzt. Damals fiel Branislaw Taraschkewitsch, ehemaliger Abgeordneter zum polnischen Sejm und Begründer der Taraschkewiza, der klassischen weißrussischen Rechtschreibung, der Großen Säuberung zum Opfer. In dieser Zeit kamen auch ukrainische Künstler und Vertreter der „hingerichteten Wiedergeburt“, der ukrainischen kulturellen Renaissance der 1920er Jahre, wie Mykola Chwylowyj und der berühmte Übersetzer von „Pan Tadeusz“, Maksym Rylskij zu Tode. Ähnliches geschah im sowjetischen Weißrussland. Entgegen dem, was uns die sowjetische Propaganda einreden wollte, startete das NKWD nach dem 17. September 1939 eine wahre Hetzjagd nicht nur auf Polen, sondern auch gegen Vertreter aller anderen, in den östlichen Woiwodschaften der Zweiten Polnischen Republik lebenden Völker. Ins Gefängnis geworfen wurden die ukrainische und weißrussische Intelligenz, Lehrer, Anwälte und Ärzte. Und obwohl sie oft selbst in offener

Erste vom Oberkommando
der Wehrmacht in Auftrag
gegebene Exhumierung
der vom NKWD ermordeten
polnischen Offiziere in Katyn,
16.04.1943 (IPN)



Exhumierungen der vom
NKWD ermordeten polnischen
Offiziere in Katyn, April 1943
(IPN)



Opposition zu den staatlichen Behörden der Zweiten Polnischen Republik standen und sich mit der belarussischen oder ukrainischen Nationalidee identifizierten, wurden sie gnadenlos ermordet. Die „ukrainische Katynliste“ enthält beispielsweise die Namen von Mitgliedern ukrainischer politischer Parteien, darunter auch Parlamentsabgeordnete und Senatoren der Zweiten Polnischen Republik. Der bekannte weißrussische Aktivist, der ehemalige Premierminister der Belarussischen Volksrepublik, Anton Luzkewitsch, starb in einem sowjetischen Lager, nachdem er zuvor beschuldigt wurde, für den polnischen Geheimdienst gearbeitet zu haben. Festgenommen wurden auch Aktivisten jüdischer gesellschaftlicher und politischer Organisationen, von Religionsgemeinschaften betriebene Schulen wurden geschlossen und Geistliche waren ständigen Repressionen ausgesetzt.

Die Industrie und die Banken wurden verstaatlicht und der größte Teil des Grundbesitzes und Eigentums der „Klasse der Kulaken“ ging ins Eigentum des Staates über. Die sowjetische Wirtschaftspolitik, die auf die Ausbeutung der Bauern, die Auferlegung immer weiterer Versorgungslasten und die Verpflichtung ausgerichtet war, sich an öffentlichen Arbeiten zu beteiligen, und deren Fokus auf der in Angriff genommenen Kollektivierung der Landwirtschaft, der „freiwillig-obligatorischen“ Rekrutierung zur Arbeit in weit entfernten Regionen der UdSSR und der Einziehung zur Roten Armee lag, vervollständigt neben der Repression das traurige Bild der Politik der „Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit“. Trotz des Anschlusses der ehemaligen Ostprovinzen der Zweiten Polnischen Republik an die Belarussische und die Ukrainische SSR bestand die Grenze 1939-1941 weiter und ihr Überschreiten und der Verkehr vom östlichen in den westlichen Teil bedurfte einer entsprechenden Genehmigung des NKWD.

Jahrzehntelang stellte die sowjetische Lügenpropaganda die Besetzung Ostpolens ab dem 17. September 1939 aus einer für sie bequemen Sicht dar. Auch heute versucht die Russische Föderation, trotz zahlreicher Veröffentlichungen und angesichts der offenkundigen Tatsachen, diese bewaffnete Aggression dreist als „Befreiungsakt“ darzustellen. Tatsächlich handelte es sich dabei um einen Akt der Versklavung und des Terrors, der hunderttausenden polnischen Staatsangehörigen vieler Glaubensrichtungen und Volkszugehörigkeiten das Leben kostete. Das sollte man nicht vergessen.

Dr. Karol Nawrocki

Präsident des Institut für Nationales Gedenken IPN –

Kommission zur Strafverfolgung von Verbrechen gegen das Polnische Volk



INSTYTUT
PAMIĘCI
NARODOWEJ